

Bessere Gesetze durch digitale Unterstützungsangebote?

Umsetzungsstand des Projektes „E-Gesetzgebung“ auf Bundesebene

Vortrag im Rahmen der Brownbag-Seminarreihe des Netzwerks Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau am 15. März 2021

Übersicht

- » Ausgangslage
- » Bessere Rechtsetzung auf Bundesebene – Grundlagen und Akteure
- » Gesetzesfolgenabschätzung (GFA) als zentrales Instrument von Besserer Rechtsetzung
- » Digitalisierung des Gesetzgebungsverfahrens
- » Maßnahme „E-Gesetzgebung“ – Arbeitshilfen
- » Aktueller Umsetzungsstand der „E-Gesetzgebung“
- » Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung
- » Fazit und Ausblick

Ausgangslage

Kritik an Bürokratie und Regulierungsqualität

- » Trotz Erweiterung des Instrumentariums politischer Steuerung → immer noch große Bedeutung des Rechts als politisches Steuerungsinstrument
- » Deutschland: deutlich erkennbar am „Wesentlichkeitsprinzip“
- » Aber auch Kritik an rechtlicher Regulierung → erkennbar an den zahlreichen Sachverständigengremien und Initiativen seit den 1970er Jahren
- » Reaktionen auf die Kritik: Rechtsbereinigung und -vereinfachung, Deregulierung, Bürokratieabbau
- » Bessere Rechtsetzung als Weiterentwicklung der Rechtsbereinigungs- und Entbürokratisierungspolitik der 1980er und 1990er Jahre → Ziel: Verbesserung der Regulierungsqualität und Beschränkung des Umfangs der Regulierung auf das unbedingt erforderliche Maß

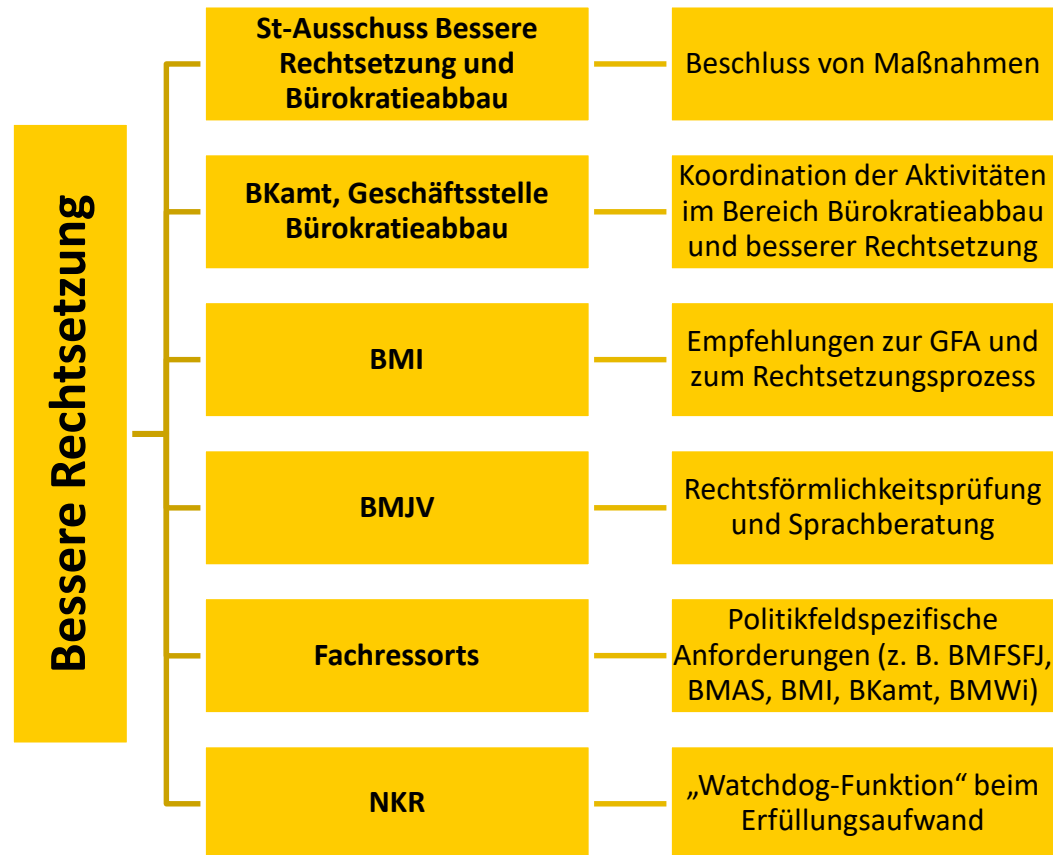
Bessere Rechtsetzung auf Bundesebene (1)

Grundlagen und Umsetzung

- » Seit Mandelkern-Bericht → zunehmende Bedeutung des Themas auch auf Bundesebene
- » Regierungsprogramm „Moderner Staat-Moderne Verwaltung“ → Schaffung von Grundlagen für die GFA
- » Erarbeitung verschiedener Arbeitsprogramme mit einer Reihe von Maßnahmen und Instrumenten zu „Bürokratieabbau“ und „Besserer Rechtsetzung“ durch die Bundesregierung, z. B.
 - » Einführung und Weiterentwicklung der Bürokratiekostenmessung (inkl. Schaffung des Nationalen Normenkontrollrats, Einführung der One-in-One-out-Regelung)
 - » Einführung eines KMU-Tests
 - » Einführung Stärkung der Evaluationsfunktion durch Staatssekretärsbeschluss
- » Ziel der Bundesregierung → einfache, verständliche und zielgenaue Ausgestaltung des Rechts
- » weitere Ausdifferenzierung der GFA (z. B. Nachhaltigkeitsprüfung, Gender und Disability Mainstreaming)

Bessere Rechtsetzung auf Bundesebene (2)

Zentrale Akteure



GFA als Instrument Besserer Rechtsetzung

Ausgestaltung und Ansatzpunkte

- » Instrument zur Erfassung und Bewertung der Folgen geplanter und bereits in Kraft getretener Regelungsvorhaben → Ziel: Rechtsoptimierung
- » Definition von Gesetzesfolgen gemäß § 44 Abs. 1 Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien:
- » **„Unter Gesetzesfolgen sind die wesentlichen Auswirkungen des Gesetzes zu verstehen. Sie umfassen die beabsichtigten Wirkungen und die unbeabsichtigten Nebenwirkungen (...).“**
- » Drei Module für den gesamten Rechtsetzungsprozess
 - > Prospektive Gesetzesfolgenabschätzung
 - > Begleitende Gesetzesfolgenabschätzung
 - > Retrospektive Gesetzesfolgenabschätzung

} **ex-ante Perspektive**

ex-post Perspektive

Ausgestaltung der GFA auf Bundesebene

Anforderungen an die Gesetzentwürfe der Bundesregierung

Prüfanforderungen im Rahmen der GFA

- Bürokratiekosten
- Erfüllungsaufwand
- Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte
- Auswirkungen auf die Verbraucherpreise

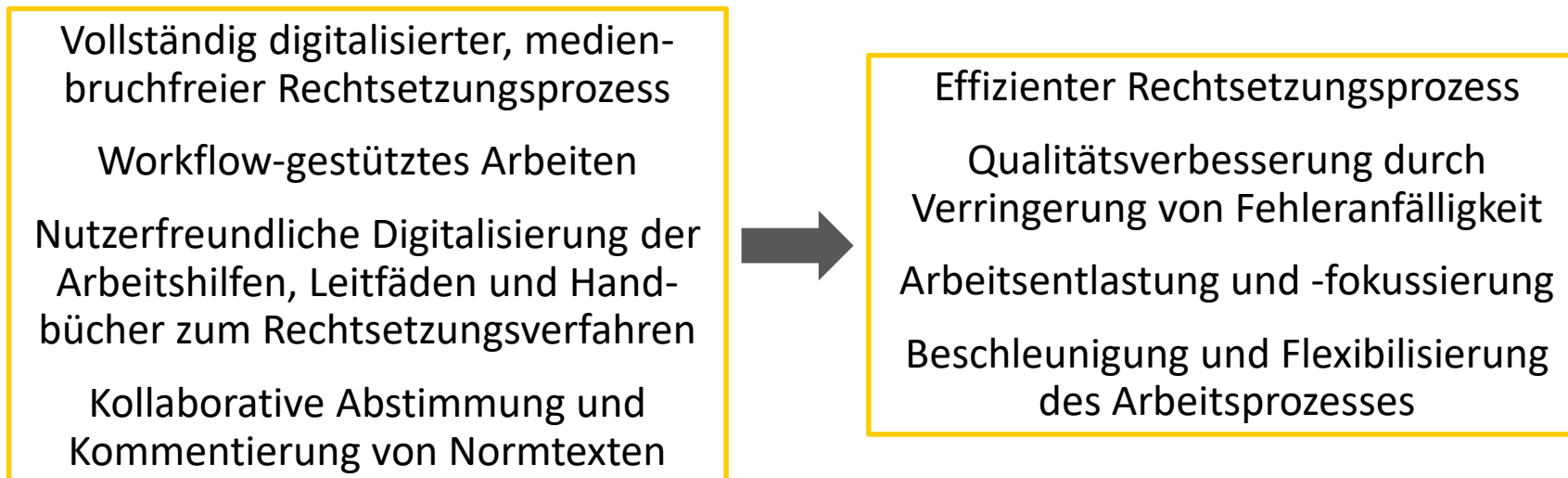
- Nachhaltigkeit
- Gleichwertigkeit
- Demografie
- Gender Mainstreaming
- Disability Mainstreaming
- KMU

- Evaluierungserforderlichkeit

Digitalisierung des Gesetzgebungsverfahrens auf Bundesebene

Grundlagen und Ziele

- » Grundlagen: Regierungsprogramm „Digitale Verwaltung 2020“ (2014), Verwaltungsvereinbarung über die Umsetzung des Projektes (2017), Arbeitsprogramm Bessere Rechtsetzung 2018, Programm Dienstekonsolidierung Bund



„E-Gesetzgebung“ als Maßnahme der IT-Dienstekonsolidierung

Teilprojekt „Konsolidierung und Digitalisierung von Arbeitshilfen, Leitfäden und Handbüchern zum Gesetzgebungsverfahren“

- » Ziel: Gezielte digitale Bereitstellung von Informationen zum Rechtsetzungsverfahren und Unterstützung bei der Bearbeitung von Regelungsvorhaben und der Folgenabschätzung durch modulare Anwendungen
- » Erwarteter Nutzen
 - > Bessere Nachvollziehbarkeit und Handhabung
 - > Vermeidung von Dopplungen in der GFA
 - > Verbesserung der Rechtsetzung durch leistungsfähigere Folgenabschätzung
 - > Medienbruchfreie Nutzung der Ergebnisse im gesamten Rechtsetzungsprozess

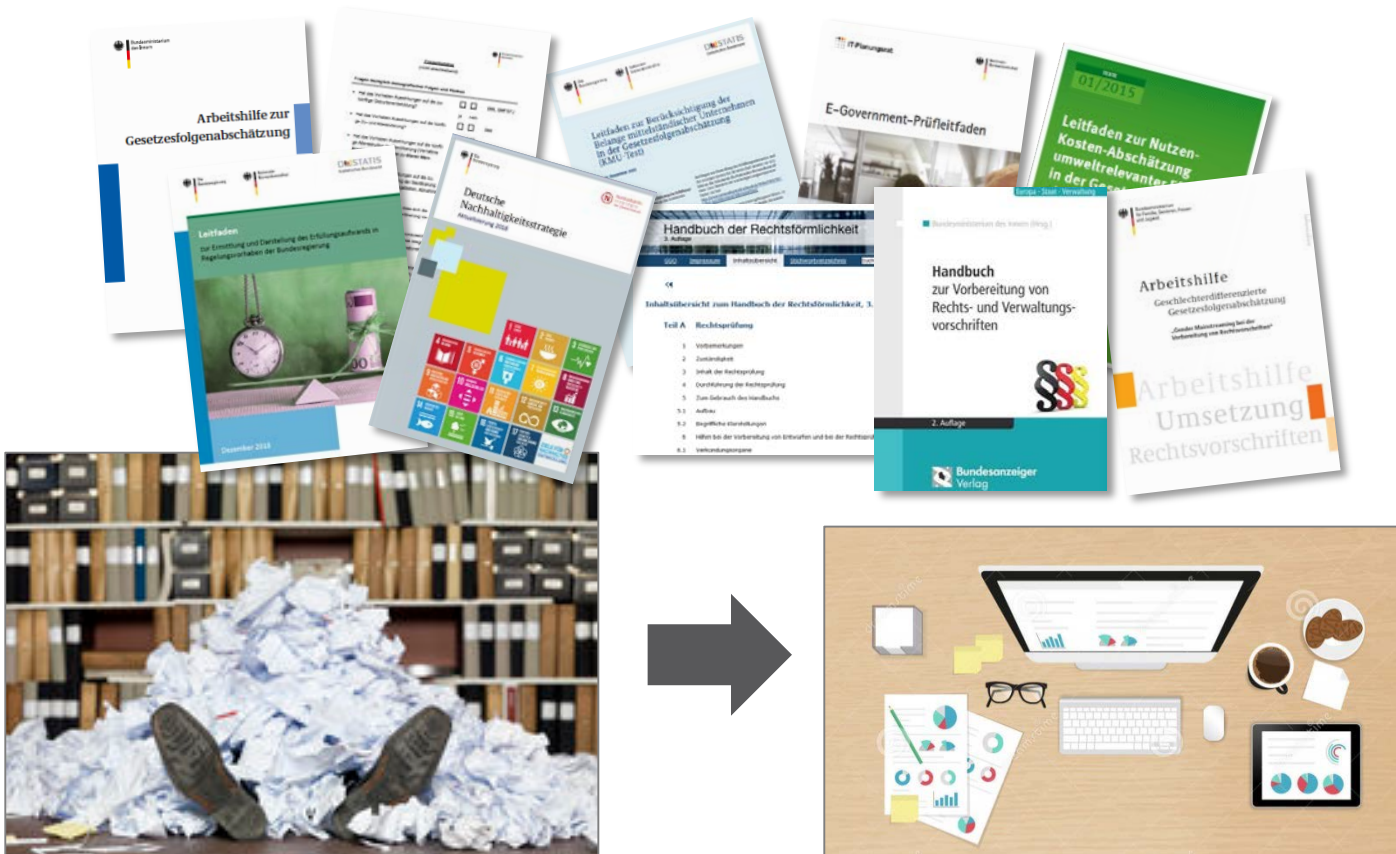
Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Digitalisierung von Handreichungen und Arbeitshilfen zum Gesetzgebungsverfahren

Zielsetzung und Nutzen

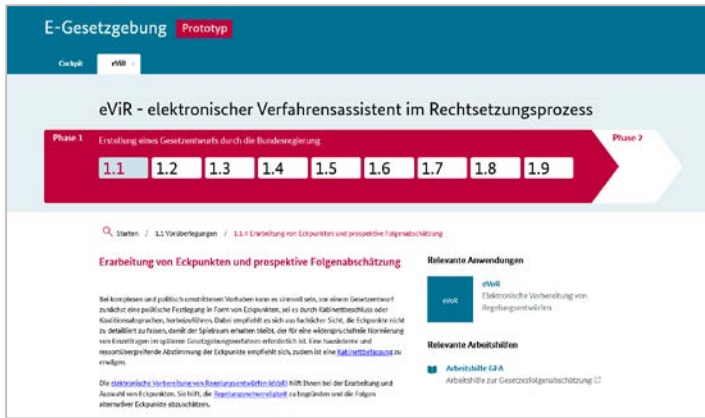


- Zahlreiche Arbeitshilfen verschiedener Ressorts (ca. 50)
 - Formale Aspekte der Rechtsetzung
 - Verfahrenshilfen
 - Inhaltliche Überlegungen zu Umsetzung und Folgewirkungen

Aktueller Umsetzungsstand der „E-Gesetzgebung“

Digitale Unterstützungsangebote für die Gesetzgebung

1. Informationen zum Gesetzgebungsverfahren



E-Gesetzgebung Prototyp

eVIR – elektronischer Verfahrensassistent im Rechtsetzungsprozess

Phase 1: Erstellung eines Gesetzesentwurfs, der (1) die Bundesregierung

1.1 1.2 1.3 1.4 1.5 1.6 1.7 1.8 1.9

Phase 2

Starten / 1.1 Vorbereitungen / 1.1.1 Erarbeitung von Eckpunkten und prospektive Folgenabschätzung

Erarbeitung von Eckpunkten und prospektive Folgenabschätzung

Bei komplexen und präzisierbaren Themen kann es sinnvoll sein, vor einem Gesamtentwurf zunächst eine politische Festlegung in Form von Eckpunkten, sei es durch Gabinettsbeschluss oder Koalitionsvereinbarung, herbeizuführen. Dabei empfiehlt es sich aus fachlicher Sicht, die Eckpunkte nicht zu detailliert zu fassen, damit der Spielraum erhalten bleibt, der für eine adäquatere Harmonisierung von Einzelgesetzen im späteren Gesetzgebungsprozess erforderlich ist. Eine koordinierte und ressortübergreifende Abstimmung der Eckpunkte empfiehlt sich, zudem ist eine [Subjektanalyse](#) zu empfehlen.

Die elektronische Vorkonzeption des Gesetzesentwurfs (eVIR) Ihnen bei der Erarbeitung und Ausarbeitung von Eckpunkten. Sie hilft, die **Relevanzentscheidung** zu ergreifen und die Folgen alternativer Eckpunkte abzuschätzen.

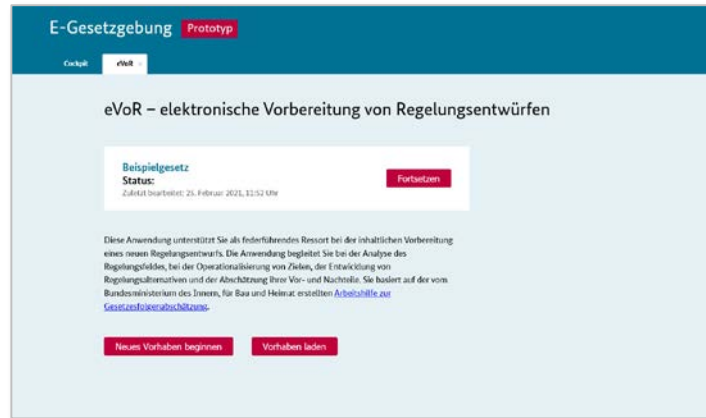
Relevante Anwendungen

- eVIR: Elektronische Vorbereitung von Regierungsentwürfen

Relevante Arbeitshilfen

- Arbeitshilfe GEA: Arbeitshilfe zur Gesetzesfolgenabschätzung

2. Inhaltliche Vorbereitung von Regelungsentwürfen



E-Gesetzgebung Prototyp

eVoR – elektronische Vorbereitung von Regelungsentwürfen

Beispielgesetz

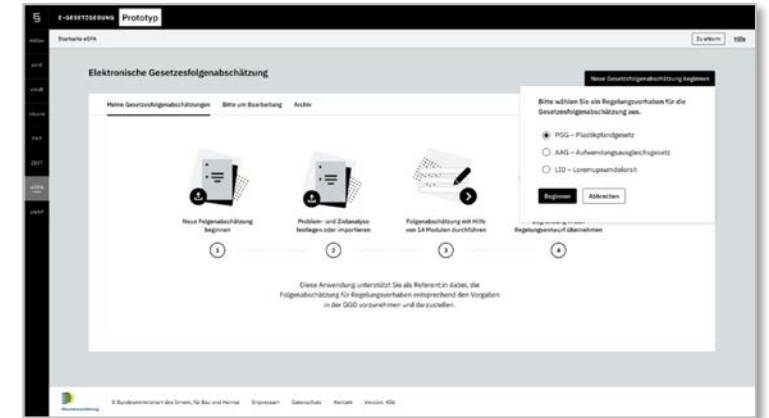
Status: Fortschritt

Zuletzt bearbeitet: 26. Februar 2023, 11:52 Uhr

Diese Anwendung unterstützt Sie als federführendes Ressort bei der inhaltlichen Vorbereitung eines neuen Regierungsentwurfs. Die Anwendung begleitet Sie bei der Analyse des Regelungsfeldes, bei der Operationalisierung von Zielen, der Entwicklung von Regelungsalternativen und der Abschätzung ihrer Vor- und Nachteile. Sie basiert auf der vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat erstellten [Arbeitshilfe zur Gesetzesfolgenabschätzung](#).

Neues Vorhaben beginnen Vorhaben laden

3. Durchführung der Gesetzesfolgenabschätzung



E-Gesetzgebung Prototyp

Elektronische Gesetzesfolgenabschätzung

Meine Gesetzesfolgenabschätzungen | Bitte um Bearbeitung | Ansicht

Bitte wählen Sie ein Regelungsverfahren für die Gesetzesfolgenabschätzung aus.

- FG – Fachfolgenabschätzung
- AAG – Außenfolgenabschätzung
- LD – Lösungswahlmodell

Regulieren Abbrechen

Neue Folgenabschätzung beginnen

Problem- und Zielanalyse festlegen oder importieren

Folgenabschätzung mit Hilfe von 14 Problemlösungsoptionen

Diese Anwendung unterstützt Sie als ReferentIn dabei, die Folgenabschätzung für Regelungsverfahren entsprechend den Vorgaben in der GGO vorzunehmen und darzustellen.

© Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat | Impressum | Datenschutz | Kontakt | Version 4.0

Informationen zum Gesetzgebungsverfahren

eViR – elektronischer Verfahrensassistent im Rechtsetzungsprozess

Prototypische Anwendung im
Intranet der Bundesregierung



» Schritt für Schritt durch das
Gesetzgebungsverfahren

» Basiert auf dem Handbuch zur Vorbereitung von
Rechts- und Verwaltungsvorschriften



eViR - elektronischer Verfahrensassistent im Rechtsetzungsprozess



Suchen / Starten / 1.4 Ressortabstimmung und weitere Beteiligungen
 / 1.4.1 Beteiligung der betroffenen Ressorts sowie der Beauftragten der Bundesregierung und der Bundesbeauftragten

Beteiligung der betroffenen Ressorts sowie der Beauftragten der Bundesregierung und der Bundesbeauftragten

Relevante Anwendungen

eZeitplanung

eZeitplanung

Prototyp zur elektronischen Zeitplanung von Regelungsvorhaben

eViR - elektronischer Verfahrensassistent im Rechtsetzungsprozess

Phase 1

Erstellung eines Gesetzentwurfs durch die Bundesregierung

Phase 2

1.1

1.2

1.3

1.4

1.5

1.6

1.7

1.8

1.9

Suchen / 1.4 Ressortabstimmung und weitere Beteiligungen
/ 1.4.1 Beteiligung der betroffenen Ressorts sowie der Beauftragten der Bundesregierung und der Bundesbeauftragten

Beteiligung der betroffenen Ressorts sowie der Beauftragten der Bundesregierung und der Bundesbeauftragten

Gegenstand der Ressortabstimmung ist der von der Hausleitung des federführenden Ministeriums gebilligte Ressortentwurf. Die Beteiligungen der Ressorts zum Entwurf einer Gesetzesvorlage sind in [§ 45 Absatz 1 GGO](#) in Verbindung mit [Anlage 6 zu § 45 Absatz 1, § 74 Absatz 5 GGO](#) (Achtung: nicht mehr aktuell!) und den [Organisationserlassen der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013](#) und vom [14. März 2018](#) detailliert geregelt. Zu beachten sind außerdem die Beteiligungen im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung nach [§ 44 GGO](#) (siehe [Schritt 1.2.2](#)). Die Regelungen folgen dem Grundsatz, dass eine Beteiligung stets insoweit zu erfolgen hat, als Zuständigkeiten eines anderen Ressorts berührt sind. Die Verfassungsressorts sind zur Prüfung des Entwurfs auf seine [Vereinbarkeit mit dem GG](#) immer zu beteiligen. In der Praxis hat sich eine breite Beteiligung bewährt. Dadurch können Reibungsverluste vermieden werden. In der Regel wird im Zuge der Ressortbeteiligung auch die [rechtssystematische und rechtsförmliche Prüfung](#) des Bundesministeriums der Justiz nach [§ 46 GGO](#) eingeleitet.

Die Beteiligung der Ressorts hat rechtzeitig zu erfolgen. Verantwortlich dafür ist die Referatsebene.

Die Beteiligung der [Beauftragten der Bundesregierung](#), der Bundesbeauftragten sowie der Koordinatorinnen und Koordinatoren der Bundesregierung ergibt sich aus [§ 45 Absatz 3 in Verbindung mit § 21 Absatz 1 und 2 GGO](#). Eine [Liste dieser Beauftragten sowie der Koordinatorinnen und Koordinatoren](#) ist hier zu finden.

Relevante Anwendungen

eZeitplanung

eZeitplanung

Prototyp zur elektronischen Zeitplanung von Regelungsvorhaben

eVoR

eVoR

Elektronische Vorbereitung von Regelungsentwürfen

Relevante Arbeitshilfen

GGO

Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesminist... [↗](#)

Gesetzesredaktion

Gesetzesredaktion und Sprachberatung im Rechts... [↗](#)

HdR

Handbuch der Rechtsförmlichkeit 3. Auflage [↗](#)

Verlinkungen zu weiteren Informationen

Verknüpfung mit interaktiven Anwendungen

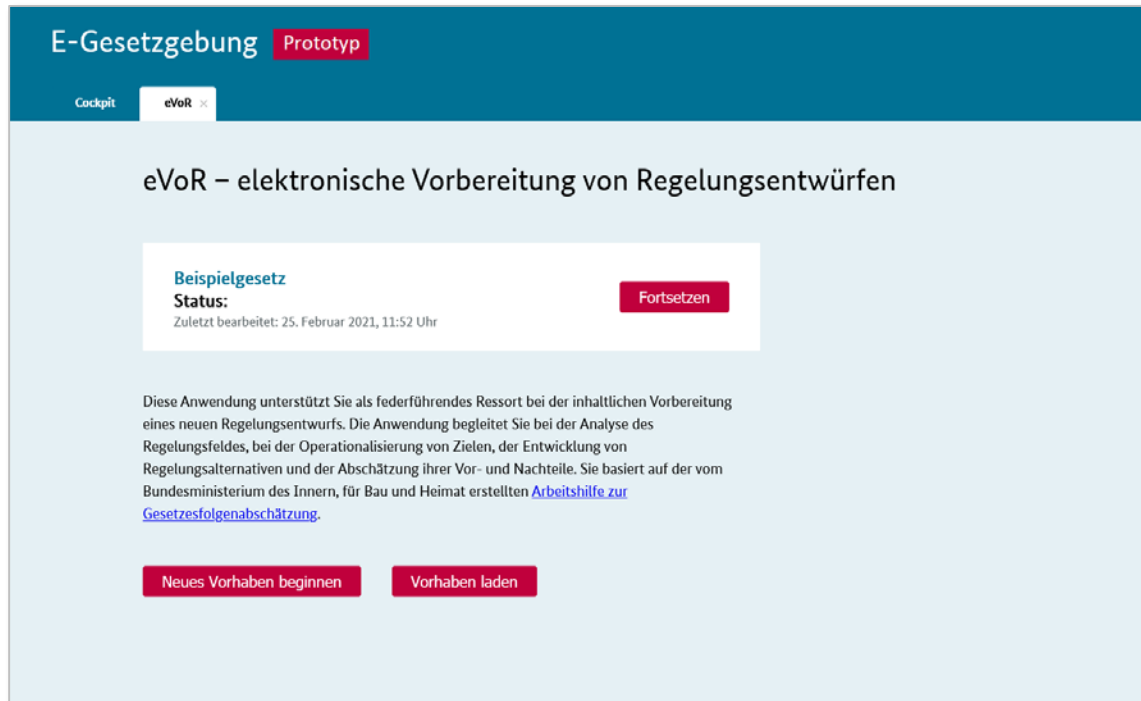
Einfacherer Zugriff auf Arbeitshilfen

[< Vorheriger Schritt](#)

[Nächster Schritt >](#)

Inhaltliche Vorbereitung von Regelungsentwürfen

eVoR – elektronische Vorbereitung von Regelungsentwürfen



- » Interaktive Hilfestellungen zur Entwicklung von Eckpunkten eines Regelungsentwurfs
- » Entwicklung und Bewertung von Regelungsalternativen
- » Interaktive Hilfestellungen bei der inhaltlichen Vorbereitung eines Regelungsentwurfs
- » Basiert auf der Arbeitshilfe zur Gesetzesfolgenabschätzung

eVoR – elektronische Vorbereitung von Regelungsentwürfen

Beispielgesetz

Schrittweise
Entwicklung
eines
Regelungs-
vorhabens

[Exportieren](#) ▾[Speichern](#)[Laden](#)[Hilfe](#)

Analyse des Regelungsfeldes

[Zielanalyse](#)[Entwicklung von
Regelungsalternativen](#)[Prüfung und Bewertung von
Regelungsalternativen](#)[Konsultation](#)[Fazit](#)[Ergebnisdokumentation](#)

Analyse des Regelungsfeldes ⓘ

Problemanalyse ⓘ

Beschreiben Sie die Probleme, welche dem Regelungsvorhaben zugrunde liegen.

In den letzten Jahren ist es vermehrt dazu gekommen, dass ... Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Zum einen ... Zum anderen ...

Akteurs- und Systemanalyse ⓘ

Beschreiben Sie das Regelungsfeld in seinen systemischen Zusammenhängen.

Betroffen ist vor allem die Wirtschaft, insbesondere Unternehmen, die ...

Analyse des Regelungsfeldes

Zielanalyse

Entwicklung von
Regelungsalternativen

Ideen sammeln

Alternativen zusammenstellen

Prüfung und Bewertung von
Regelungsalternativen

Konsultation

Fazit

Ergebnisdokumentation

Entwicklung von Regelungsalternativen ¹

1. Ideen sammeln

2. Alternativen zusammenstellen

Hier können Sie in einem ersten Schritt Ideen für das Regelungsvorhaben sammeln. Zerlegen Sie das Regelungsvorhaben dafür zunächst in Teilbereiche. Hier bieten sich insbesondere die getrennte Betrachtung des Regelungsinhalts, des Verfahrens, der Organisation und der Art der Regelung an. Sie können aber auch eigene Teilbereiche für bedeutsame Aspekte des Regelungsvorhabens anlegen. Überlegen Sie sich nun alternative Regelungsmöglichkeiten für die Teilbereiche und legen Sie diese als Optionen an - ratsam ist es, hier immer auch die Beibehaltung des Status quo als Option zu berücksichtigen. Die Zusammenstellung der einzelnen Optionen aus den Teilbereichen erfolgt im zweiten Schritt.

Teilbereiche des Regelungsvorhabens



Regelungsideen
sammeln...

... und zu
Regelungsalternativen
zusammenstellen

Analyse des Regelungsfeldes

Zielanalyse

Entwicklung von
Regelungsalternativen

**Prüfung und Bewertung von
Regelungsalternativen**

Auswirkungen in Politikbereichen

**Auswirkungen nach
Regelungsalternativen**

Bewertung

Konsultation

Fazit

Ergebnisdokumentation

Prüfung und Bewertung von Regelungsalternativen

Auswirkungen nach Regelungsalternativen

Für welche der von Ihnen entwickelten Alternativen sollen die wesentlichen Auswirkungen geprüft und beschrieben werden? ⓘ

<input checked="" type="checkbox"/> Status quo	<input checked="" type="checkbox"/> Verbot von ...	<input checked="" type="checkbox"/> Anreizsystem
--	--	--

Welche Auswirkungen sind bei den verschiedenen Alternativen zu erwarten? ⓘ

Beschreiben Sie die zu erwartenden Auswirkungen für die ausgewählten Regelungsalternativen. Sie haben im vorherigen Schritt die folgenden Bereiche identifiziert, in denen Sie wesentliche Auswirkungen erwarten:

Finanzen (Grundsatz) ⓘ	Wirtschaft ⓘ	Verbraucherschutz ⓘ
Arbeit und Soziales (Grundsatz) ⓘ		

Folgen in
verschiedenen
Politikbereichen
analysieren

Als Hilfestellung für die Beschreibung der Auswirkungen können Sie sich hier, jeweils durch Klick auf den Info-Button, die Prüffragen aus dem vorherigen Schritt noch einmal anzeigen lassen.

Prüfkriterien gemäß der GGO

Um einen GGO-konformen Regelungsentwurf zu erstellen, müssen die in [§ 44 GGO](#) genannten Prüfkriterien berücksichtigt und im Entwurf dargestellt werden. Dazu gehören unter anderem der Erfüllungsaufwand, Auswirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte und Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung. Auch weitere wesentliche Auswirkungen – d.h. beabsichtigte Wirkungen und unbeabsichtigte Nebenwirkungen – sollen im Regelungsentwurf dargestellt werden.

Analyse des Regelungsfeldes

Zielanalyse

Entwicklung von
Regelungsalternativen

Prüfung und Bewertung von Regelungsalternativen

Auswirkungen in Politikbereichen

Auswirkungen nach
Regelungsalternativen

Bewertung

Konsultation

Fazit

Ergebnisdokumentation

Prüfung und Bewertung von Regelungsalternativen

Bewertung

Wie bewerten Sie die ausgewählten Regelungsalternativen in Bezug auf die Erreichung der von Ihnen beschriebenen Ziele, ihre Umsetzbarkeit, Effizienz und ihre weiteren Auswirkungen? Entsprechend Ihrer Bewertung können Sie für jede Regelungsalternative einen Rang vergeben.

Für welche der von Ihnen entwickelten Alternativen soll eine Bewertung vorgenommen werden?

Status quo Verbot von ... Anreizsystem

Regelungs-
alternativen
vergleichend
bewerten

Zielerreichung

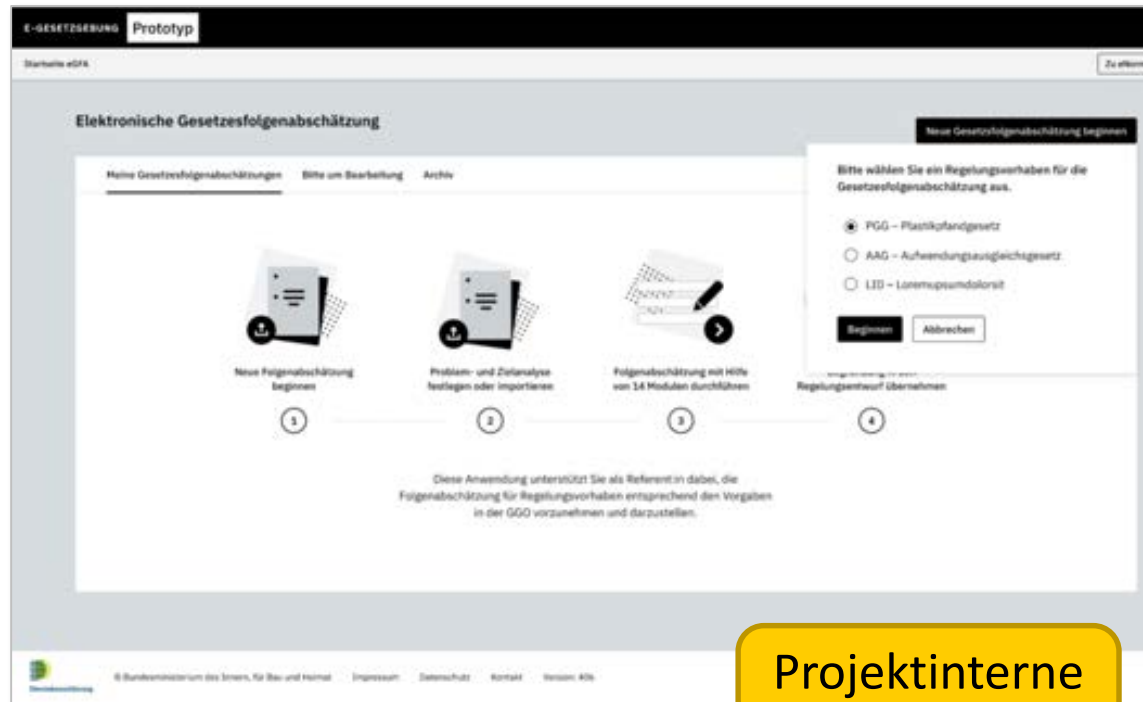
	Status quo	Verbot von ...	Anreizsystem
Reduktion der Häufigkeit von ... um 25 % bis 2025.	<input checked="" type="radio"/> negativ <input type="radio"/> neutral <input type="radio"/> positiv	<input type="radio"/> negativ <input type="radio"/> neutral <input checked="" type="radio"/> positiv	<input type="radio"/> negativ <input checked="" type="radio"/> neutral <input type="radio"/> positiv
Spürbare Entlastung der Bürgerinnen und Bürger im Bereich von ...	<input type="radio"/> negativ <input checked="" type="radio"/> neutral <input type="radio"/> positiv	<input type="radio"/> negativ <input type="radio"/> neutral <input checked="" type="radio"/> positiv	<input type="radio"/> negativ <input type="radio"/> neutral <input checked="" type="radio"/> positiv
Verhaltensänderung	<input type="radio"/> negativ <input checked="" type="radio"/> neutral <input type="radio"/> positiv	<input type="radio"/> negativ <input type="radio"/> neutral <input checked="" type="radio"/> positiv	<input type="radio"/> negativ <input type="radio"/> neutral <input checked="" type="radio"/> positiv

Weitere Prüfkriterien

	Status quo	Verbot von ...	Anreizsystem
Umsetzung/Vollzug	<input type="radio"/> negativ <input checked="" type="radio"/> neutral <input type="radio"/> positiv	<input checked="" type="radio"/> negativ <input type="radio"/> neutral <input type="radio"/> positiv	<input type="radio"/> negativ <input type="radio"/> neutral <input checked="" type="radio"/> positiv

Durchführung der Gesetzesfolgenabschätzung

eGFA – elektronische Gesetzesfolgenabschätzung



Projektinterne
Beispielansicht

- » Durchführung der Gesetzesfolgenabschätzung entsprechend der Vorgaben der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien
- » Aufbereitung der Ergebnisse für Vorblatt und Begründung des Regelungsvorhabens
- » Strukturierte Prüfschemata und Berechnungshilfen
- » Aufbereitung von Inhalten und weiterführenden Informationen
- » Ziel: passgenaues Hilfsangebot mit Nutzerführung, Aufwandsersparnis, Sensibilisierung für Folgewirkungen

PGG Plastikpfand – Gesetzesfolgenabschätzung

Modulübersicht

Sortieren nach Ergebnis (Offen zuerst) ▾

Auswahl	Module	Ergebnis	Status	Aktueller Bearbeiter	Aktionen
<input type="checkbox"/>	Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte	Offen	Noch nicht bearbeitet	Bearbeiter auswählen	...
<input type="checkbox"/>	Auswirkungen auf Verbraucherinnen und Verbraucher	Offen	Noch nicht bearbeitet	Bearbeiter auswählen	...
<input type="checkbox"/>	Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau	Offen	Noch nicht bearbeitet	Bearbeiter auswählen	...
<input type="checkbox"/>	Demografie-Check	Offen	In Bearbeitung	➔ Robert Rechtsetzungsreferent (BMI) <small>Zuletzt bearbeitet am 15.08.19 15:23 Uhr</small>	...
<input type="checkbox"/>	Erfüllungsaufwand	Offen	🔒 In Bearbeitung	➔ Sonja Peters (BMI) <small>Jetzt in Bearbeitung</small>	...
<input type="checkbox"/>	Auswirkungen auf mittelständische Unternehmen - KMU-Test	Offen	In Freigabe	➔ Sonja Peters(BMI) <small>Zuletzt bearbeitet am 15.08.19 15:23 Uhr</small>	...
<input type="checkbox"/>	eNAP	Auswirkungen Zur Zusammenfassung	✓ Fertig gestellt	➔ Robert Rechtsetzungsreferent (BMI) <small>Zuletzt bearbeitet am 15.08.19 15:23 Uhr</small>	...
<input type="checkbox"/>	Weitere wesentliche Auswirkungen	Keine Auswirkungen	✓ Fertig gestellt	➔ Robert Rechtsetzungsreferent (BMI) <small>Zuletzt bearbeitet am 15.08.19 15:23 Uhr</small>	...

Übergreifender Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzung

Module für einzelne Prüfungen

Alle auswählen

[In Regelungsentwurf übernehmen](#) [Exportieren](#)

Elektronische Nachhaltigkeitsprüfung wurde als erster Prototyp eines eGFA-Moduls entwickelt

SDG 5 GESCHLECHTERGLEICHHEIT

Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen

	KEINE ARMUT	
	KEIN HUNGER	
	GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN	
	HOCHWERTIGE BILDUNG	
	GESCHLECHTERGLEICHHEIT	
	SAUBERES WASSER UND SANITÄREINRICHTUNGEN	
	BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE	
	MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM	
	INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR	
	WENIGER UNGLEICHHEITEN	
	NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN	
	NACHHALTIGER KONSUM UND PRODUKTION	

5.1 Gleichstellung

Gleichstellung in der Gesellschaft fördern – Wirtschaftliche Teilhabe von Frauen global stärken

Ist dieser Indikatorenbereich für das Regelungsvorhaben relevant?

relevant nicht relevant

Fragebogenlogik und Filterführung

5.1.a Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern

Ziel: Verringerung des Abstandes auf 10 Prozent bis 2020, Beibehaltung bis 2030

Ihre Begründung:

Bitte geben Sie Ihren Begründungstext ein. Beispiele: "Das Regelungsvorhaben hat (voraussichtlich/ggf.) Auswirkungen auf den Bereich Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern (Indikator 5.1.a) der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, indem ...", "Das Regelungsvorhaben trägt zur Erreichung der Ziele im Bereich Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern (Indikator 5.1.a) der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bei, indem ...", "Beim Regelungsvorhaben bestehen mögliche Zielkonflikte mit dem Bereich Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern (Indikator 5.1.a) der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Daher ..."

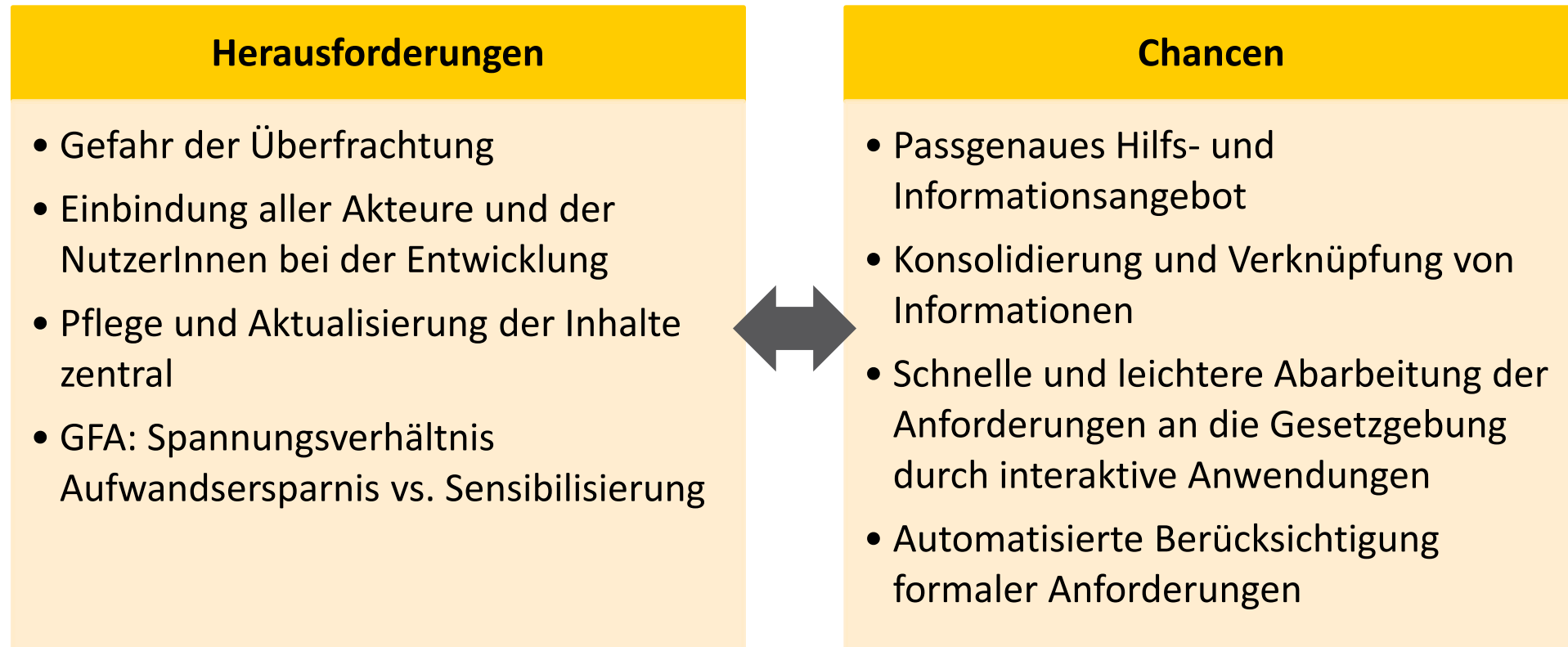
5.1.b Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft

Ziel: 30 Prozent Frauen in Aufsichtsräten der börsennotierten und voll mitbestimmten Unternehmen bis 2030

Ihre Begründung:

Bitte geben Sie Ihren Begründungstext ein. Beispiele: "Das Regelungsvorhaben hat (voraussichtlich/ggf.) Auswirkungen auf den Bereich Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft (Indikator 5.1.b) der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, indem ...", "Das Regelungsvorhaben trägt zur Erreichung der Ziele im Bereich Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft (Indikator 5.1.b) der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bei, indem ...", "Beim Regelungsvorhaben bestehen mögliche Zielkonflikte mit dem Bereich Frauen in Führungspositionen in Wirtschaft (Indikator 5.1.b) der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Daher ..."

Digitalisierung von Arbeitshilfen zum Gesetzgebungsverfahren



Fazit und Ausblick

- » Unterstützung der Besseren Rechtsetzung durch die vollständige Digitalisierung des Rechtsetzungsverfahrens
- » Weitere Ausbaustufen nach 2023 denkbar → Wissensmanagement, E-Partizipation etc.
- » eGFA → Zusammenführung der GGO-Prüfanforderungen in einer Anwendung als erster Schritt
- » Aber: noch weitere Schritte auf einem Weg zu einem integrierten GFA-Ansatz erforderlich
- » Erst nach einigen Jahren erkennbar → Veränderungen des Rechtsetzungsprozesses durch die E-Gesetzgebung und Auswirkungen auf die Bessere Rechtsetzung

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Carolin Steffens, M.A.

steffens@foev-speyer.de

Axel Piesker, M.A.

piesker@foev-speyer.de

www.foev-speyer.de/beratung